



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

**Statement anlässlich der
Jahres-Pressekonferenz der IG Metall**

Frankfurt, 20. Januar 2011

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die IG Metall präsentiert sich im Januar 2011 stabil, finanzstark und durchsetzungsfähig. Das ist - angesichts der tiefen Krise von Ende 2008 bis Mitte 2010 - ein gutes Fundament. Meine Überzeugung ist: wir können in 2011 noch mehr erreichen.

Während der Wirtschaftskrise waren wir bei der Mitgliederbindung sehr erfolgreich. Das werden wir fortsetzen.

Für 2011 nehmen wir uns vor, bei der Mitgliedergewinnung vom Aufschwung stärker zu profitieren.

Die betrieblichen Voraussetzungen dafür sind vorhanden: Bei den Betriebsratswahlen 2010 hat die IG Metall ihre gute Position noch weiter ausgebaut.

Meine Kollegen Detlef Wetzel und Bertin Eichler werden Ihnen zur Mitgliederentwicklung, der Finanzsituation und weiteren Fragen detaillierte Angaben machen. Ich konzentriere mich auf die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation und ziehe daraus Schlussfolgerungen für die IG Metall.

Dazu kann ich feststellen:

Der Aufschwung in Deutschland ist da. Ich freue mich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie wurden während der Krisenzeit teilweise von existenziellen Zukunftsängsten geplagt. Heute blicken viele optimistischer in die Zukunft.

Die Kehrseite der Medaille ist: Die Arbeitgeber und Teile der schwarz-gelben Bundesregierung haben den in der Krise erfolgreichen Konsens mit den Gewerkschaften aufgekündigt. Einseitig und ohne Not.

Wir haben die Krise gemeinsam mit den richtigen Konjunkturimpulsen und Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung überwunden. Viele davon sind bei der IG Metall entwickelt worden.

Mindestens ebenso entscheidend war aber: Alle Beiträge der Beschäftigten zur Krisenbewältigung waren tarifpolitisch geregelt und unterlagen der Mitbestimmung. Das ist Flexibilität unter gesicherten Bedingungen.

Arbeitgeber und Teile der Politik haben dieses Erfolgsprinzip gebrochen. Nirgendwo ist dieser Paradigmenwechsel so deutlich vollzogen worden wie auf dem Arbeitsmarkt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im aktuellen Aufschwung werden nur zu einem kleinen Teil unbefristete Arbeitsverhältnisse geschaffen. Stattdessen entstehen hunderttausende prekäre Jobs.

Die Unternehmen setzen voll auf unsichere und gering entlohnte Beschäftigung. Einstellungen erfolgen überwiegend befristet und in Form von Leiharbeit.

Die Ergebnisse einer Befragung von über 7.000 Betriebsräten sind eindeutig: Zusätzliche Beschäftigung wird zu 43 Prozent über Leiharbeit, zu 42 Prozent über sachgrundlose Befristungen und nur zu 15 Prozent über unbefristete Normalbeschäftigung gedeckt.

Das ist nicht die Erfolgsformel, die uns jahrzehntelang Wohlstand beschert und uns erfolgreich durch die Krise getragen hat!

Arbeit ist der wertvollste Rohstoff, den Deutschland besitzt. Es gilt ihn zu hegen und zu pflegen. Arbeit darf nicht zur Ramschware verkommen.

Wer Leiharbeit und prekäre Beschäftigung fördert oder zulässt, untergräbt gleichzeitig massenhaft persönliche Lebensperspektiven.

Vor allem junge Menschen wollen dazu beitragen, den Aufschwung dauerhaft zu stabilisieren. Stattdessen müssen sie sich von Job zu Job hangeln, anstatt ihre Zukunft planvoll gestalten zu können.

Die IG Metall wird ein deutliches Zeichen gegen diesen Trend setzen. Arbeit muss sicher und fair bleiben. Deshalb führen wir am 24. Februar 2011 einen deutschlandweiten Aktionstag gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung durch - mit sichtbaren betrieblichen Aktionen.

Wir führen die Auseinandersetzung in den Betrieben. Wer fast ausschließlich auf Leiharbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse setzt, verweigert Mitbestimmung und untergräbt geltende Tarifstandards. Das ist nicht akzeptabel.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Politik unterstützt die Turbo-Flexibilisierung am Arbeitsmarkt durch Nichtstun. Der Gesetzentwurf aus dem Hause von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zur Arbeitnehmerüberlassung löst keines der drängenden Probleme: Der Missbrauch von Leiharbeit wird dadurch nicht verhindert.

Im Gegenteil: Die ungleiche Bezahlung von Leih- und Normalarbeit ist weiterhin ein ökonomisch sehr starker Anreiz, um Stammarbeitsplätze durch Leiharbeit zu ersetzen. Und ein Mindestlohn nur für Leiharbeit wird dies nicht verhindern.

Im aktuellen Vermittlungsverfahren zu den Hartz-IV-Regelsätzen besteht jetzt die gute Möglichkeit, die schlimmsten Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu begrenzen.

Der Bund gibt jährlich elf Milliarden Euro für so genannte „Aufstocker“ aus. Das sind Beschäftigte, deren Verdienste nicht zum Leben ausreichen. Mit Equal Pay bei der Leiharbeit und allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen könnte die Politik hier einen wirksamen Riegel vorschieben.

Ich fordere deshalb Union und FDP, ich fordere Frau Ministerin von der Leyen eindringlich auf: nutzen sie die Chance des Vermittlungsverfahrens. Hören Sie auf, Equal Pay und Mindestlöhne weiter zu blockieren!

Wir brauchen wirksame Gesetze, um Leiharbeit und prekäre Beschäftigung einzudämmen. Der Wert der Arbeit muss wieder erhöht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Auseinandersetzung um Leiharbeit ist auch ein Kampf um den Respekt vor der Arbeit und den Menschen, die sie leisten. Es ist kein Anlass zu feiern, dass die Ein-Millionen-Grenze bei der Leiharbeit überschritten wurde.

Leiharbeit ist leider nicht die einzige Wucherung bei prekärer Beschäftigung. Die andere Variante ist das Instrument von sachgrundlosen Befristungen, die nach unserer Betriebsräte-Umfrage ebenfalls rasant angestiegen sind.

Dabei muss klar sein: Kreativität und Innovation können sich nicht in einem Klima von Unsicherheit und Angst entwickeln. Beides gelingt nur mit stabiler sozialer Absicherung.

Aus unseren Betrieben erreicht uns außerdem die Botschaft, dass insbesondere bei hochqualifizierten Beschäftigten die Zahl der Werkverträge deutlich steigt.

Es gibt ja Experten, die uns suggerieren wollen, dass hier die Beschäftigten einem immer stärkeren selbst gewählten Trend folgen. Denen kann ich versichern: das hält exakt genau so lange, bis man den ersten Gedanken für eine Familiengründung fasst.

Eine prekäre Arbeitsform ist kein selbst gewählter Lebensstil, nur weil sie massenhaft erzwungen wird!

Und für den zukünftigen Erfolg unseres Wirtschaftsstandorts bleibe ich dabei: Der Kampf gegen Werkverträge ist der Kampf um die besten Köpfe in Deutschland und ihre Zukunftsperspektiven.

Wer über den drohenden Fachkräftemangel klagt und zugleich für Absolventen von Fach- und allgemeinen Hochschulen nur Werkverträge statt sicherer Beschäftigung bietet, der treibt ein unsauberes Spiel.

Das gilt gleichermaßen für die Übernahme von Auszubildenden.

Der schon mittelfristig absehbare Fachkräftemangel zwingt uns geradezu zu folgender Konsequenz: Die unbefristete Übernahme jeder und jedes Auszubildenden muss die Regel werden.

Jede Abweichung davon darf nur eine absolute, klar definierte Ausnahme darstellen. Wir werden das auch tarifpolitisch anpacken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die IG Metall ist entschlossen, die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Arbeitsgesellschaft zu führen.

Die aus unserer Sicht politische Schlüsselfrage im kommenden Jahr lässt sich ganz einfach stellen: betreibt man Politik gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Oder werden ihre Interessen respektiert und sie angemessen beteiligt?

Wir werden diese Alternative bei jeder uns bietenden Gelegenheit zuspitzen. Wir beginnen damit bei unserem Aktionstag am 24. Februar.

Unser Aktionstag soll den Arbeitgebern verdeutlichen, dass wir ihren Weg der Turbo-Flexibilisierung nicht akzeptieren. Flexibilisierung gibt es mit der IG Metall nur unter dem Schutz tariflicher Regelungen und betrieblicher Mitbestimmung.

Wir fordern von der Politik, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endlich wirksame gesetzliche Regelungen zu schaffen.

Unsere eigene gewerkschaftliche Kraft liegt selbstverständlich in den Betrieben. Deshalb werden wir alles daran setzen, dort noch stärker zu werden als wir es jetzt schon sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.